

6./IV. 1919

Der Krieg in seinen wirtschaftlichen Folgen. Deutschösterreichs Finanzinteressen beim Umsturz in Ungarn.

Wien, 5. April.

Der Zusammenbruch der bürgerlichen Ordnung in Ungarn berührt die ökonomischen und finanziellen Interessen Deutschösterreichs in weit stärkerem Maße als irgendeines der Ereignisse, die wir seit dem Herbst, seit dem unglücklichen Ende des Krieges und dem Zerfalle des Gesamtstaates erlebt haben. In diesen sechs Monaten sind von allen Seiten die schwersten Schläge auf unseren wirtschaftlichen Körper niedergegangen. Die reichsten Industriegebiete des Nordens, Böhmen und Mähren, haben sich losgelöst, die Adria und die Schifffahrt haben wir verloren, unser Staat ist auf den fünften Teil seines Umfanges und seiner Bevölkerungszahl zusammengeschrunken, das einigende Band der gemeinsamen Währung ist zerrissen. Alle diese Ereignisse sind tief einschneidend, zumal die Nationalstaaten sichlich bestrebt erscheinen, die reichsten Stücke aus der Liquidation der Gesamtheit an sich zu ziehen und uns mit den größten Teilen der Verpflichtungen zu belasten. Die geschäftlichen Beziehungen des einzelnen, der Absatz des Industriellen und Kaufmannes, die Entfaltungsmöglichkeiten der geschäftlichen Tätigkeit sind durch die nationale Wirtschaftspolitik und durch die Verschiedenheit des Geldwesens arg geschädigt, aber nicht dauernd unterbrochen; die Forderungen der Kaufleute untereinander sind nicht bezweifelt, der Zahlungsverkehr nicht ausgeschaltet, nach dem Abbau der gegenwärtigen Sperren werden Handel und Kredit dort wieder anknüpfen, wo sie früher gestanden waren. Was sich aber in Ungarn vollzogen hat und unsere Wirtschaft in einem Umfange bedroht, dessen Gefahren sich wohl noch die wenigsten deutlich vor Augen geführt haben, ist etwas wesentlich anderes, in solchen Formen in der Wirtschaftsgeschichte noch nie dagewesenes. Die revolutionäre Regierung in Ungarn schreitet daran, die ganze Kapitalorganisation des Landes zu zerstören, Eigentum, Forderungsrechte und Verpflichtungen aufzuheben. Die Banken in Budapest sind unter Zwangskontrolle und können größere Auszahlungen weder im Lande noch nach auswärts vornehmen, Kapital und Industrie sind dem Machtbereiche der Staatsgewalt unterstellt, die fälligen Zinscheine der öffentlichen Schuldverpflichtungen werden nicht eingelöst. Die ungarische Räteregierung hat auf Andrängen der deutschösterreichischen Finanzverwaltung zwar erklärt, daß die Gläubiger in unserem Lande durch die ausschließlich gegen die eigenen Bürger gerichteten Zwangsmaßnahmen nicht getroffen werden sollen und daß sie die bestehenden Verpflichtungen gegenüber den Ausländern anerkennen; sie hat aber bis jetzt nichts getan, um diese ganz allgemein gebaltene Zusage zu verwirklichen, hat die hiesigen Zahlstellen nicht mit den Erfordernissen für die Fälligkeiten ausgestattet, den Geldverkehr mit unserem Lande nicht wieder eröffnet und so bleibt die Ungewißheit bestehen, die auch bereits die Oesterreichisch-ungarische Bank zur Einstellung der Belehnungen ungarischer Werte veranlaßt hat.

Der ungeheure Umfang der Verbindungen, die durch eine solche Gewaltpolitik bedroht sind, läßt sich in der Gesamtziffer gar nicht erfassen und nur empfindungsmäßig in allgemeinen Umrissen feststellen. Es müssen viele Milliarden sein, die wir in Ungarn zu fordern haben und selbst in den stärksten Einschränkungen der Kriegswirtschaft war der Verkehr der beiden Staaten noch bis in die allerletzte Zeit außerordentlich lebhaft. Große Teile des deutschösterreichischen Volksvermögens sind in Ungarn angelegt, in den verschiedensten Unternehmungen, in Industrie und Handel. Riesige Fabriken sind dort mit unserem Kapital gebaut worden. Bis weit in die entlegenste Provinz hinein reichen die Verbindungen unserer Industriellen, welche die Händler in Ungarn mit ihren Waren beliefert und in den großen Städten, wie auch auf dem flachen Lande gewaltige Forderungen offen haben. Die ungarischen Staatspapiere waren stets beim österreichischen Kapital zu Hause, an Kronrenten, allen Kriegsanleihen, Kommunalschuldverschreibungen, Pfandbriefen und Rentenscheinen, Aktien ungarischer Banken und Industrien, liegen die riesigsten Summen in den Depots bei den Wiener Banken. Gerade während des Krieges wurden mit der Motivierung, daß ein Agrarstaat die Folgen rascher überwinden könne, österreichische Papiere mit Vorliebe gegen ungarische getauscht, die ungarische Kronrente notierte lange Zeit um sieben Prozent höher als die österreichische, die

flüssigen Gelder des Wiener Platzes wurden durch große Begebungen ungarischer Schatzscheine ausgeschöpft. Von den Wiener Banken haben zwei in Budapest eigene Filialen, alle aber die dichtest geschlungenen Verbindungen mit den Instituten der ungarischen Hauptstadt, die meisten großen Syndikatsgeschäfte wurden unter gegenseitiger Anteilnahme durchgeführt. Zu der Verzinsung der österreichischen Staatsschuld leistet Ungarn einen jährlichen Beitrag von 58 Millionen Kronen, auf welchen die Aprilrate bisher nicht eingegangen ist. Die ungarischen Papiere haben bei gemeinsamen Stellen, namentlich für Militärkautionen, mit Vorliebe Verwendung gefunden; Gelder der Sparkassen und Versicherungsgesellschaften, gerichtliche Depósitos, wurden hierin angelegt. Hunderte von österreichischen Kapitalisten haben bei Budapest Bankkonten, Wertpapiere und Bargeld erliegen und können jetzt weder über das Kapital noch über die Zinsen verfügen. Die Wiener Pfandbriefinstitute, die Oesterreichisch-ungarische Bank, die Bodenkreditanstalt besitzen die größten Hypothekarforderungen in Ungarn, haben dort an kommunalen, an agrarische Großbetriebe, auf kleinen Grundbesitz und städtische Häuser Darlehen gewährt. Von den Hypotheken der Oesterreichisch-ungarischen Bank sind 80 Prozent, 235 Millionen Kronen in Ungarn ausstehend; die offenen Buchforderungen österreichischer Kreditgeber an ungarische Industrielle und Kaufleute müssen eine Milliarde, vielleicht aber noch weit höhere Summen umfassen. Dieser ganze künstlich ausgebauten Verkehr ist unterbrochen, der Kredit, der auf den sichersten Grundlagen zu ruhen schien, plötzlich ganz ins Ungewisse und Unabsehbare verschoben.

Die Bewegungsfähigkeit der ganzen Wirtschaft Deutschösterreichs ist durch die gewaltsame Festlegung ihrer Guthaben in Ungarn sehr verringert, noch dazu in einem Zeitpunkt, wo ihr die erste Möglichkeit neuer Kräfteentfaltung zu winken schien. Der Friede ist vor der Tür, die Blockade ist aufgehoben, der Handel mit dem Auslande könnte einsetzen. Durch die werktätige Unterstützung Deutschlands werden wir jetzt Kohle bekommen, um unsere während des ganzen Winters zur Untätigkeit verurteilte Industrie wieder insstand zu bringen. Auch die Arbeitskräfte werden in hinreichender Anzahl zur Verfügung stehen, die Arbeit könnte beginnen, die allein imstande sein wird, uns allmählich in gesündere Verhältnisse überzuführen. Von der Entente, in erster Reihe von Amerika, sind Rohstoffe und langfristige Kredite zu erwarten, um das Wirtschaftsleben Deutschösterreichs wieder in Gang zu bringen. Zur Aufnahme einer befriedigenden Tätigkeit ist es notwendig, daß das in Ungarn ausstehende Kapital beweglich gemacht wird. Die Banken werden dann zureichende Kredite gewähren, die Kaufleute ihre Mittel nicht auf das ängstlichste zusammenhalten müssen, um ihren Verpflichtungen gerecht zu werden. An neue Geschäfte, Bauten oder Investitionen und die Anknüpfungen von Kreditverbindungen wird man ruhigeren Sinnes denken können, wenn nicht ein großer Teil deutschösterreichischen Betriebskapitals in Ungarn längere Zeit festgelegt oder gar dauernd in Frage gestellt erscheint. Mit raschem Zugriff muß, unbekümmert um die sonstigen Verhältnisse des Landes, eine Sicherung unserer Forderungen und unseres Eigentums in Ungarn in einer jeden Zweifel ausschließenden Weise in die Wege geleitet, dem Uebergreifen des Brandes ein Ziel gesetzt werden.

Die Zahlungsbilanz Deutschösterreichs ist im Verkehr mit Ungarn immer hoch aktiv gewesen. Ungarn ist uns gegenüber das Schuldnerland, wir haben mit unseren Kapitalsüberschüssen die Bodenprodukte deren wir zur Ernährung unserer Bevölkerung bedürfen, Getreide, Mehl, Brot, Fleisch, Fett, Häute, Wolle und zahlreiche andere Artikel, die wir von den Ländern jenseits der Leitha beziehen müssen, in der früheren Friedenszeit und auch im Kriege bezahlt. Auf dieses große Aktivum unserer Gläubigerschaft können wir unmöglich verzichten und jede Regierung Deutschösterreichs müßte diese aus der Entwicklung eines Jahrhunderts, aus den entstandenen Arbeitsverhältnissen entspringende Ansprüche, diese natürliche Vorrangstellung des Gläubigers gegenüber Ungarn unbedingt geltend machen. Die finanziellen Kreise glauben nicht, daß die deutschösterreichischen Forderungen dauernd in Frage gestellt sein sollten, sonst wären Bewertungen undenkbar, wie sie jetzt den ungarischen Renten und Aktien in Wien zugemessen werden. Die Frage geht schon zwei lange Wochen um und es wäre höchste Zeit, daß ihr durch energisches Einschreiten unserer Regierungskreise und der auswärtigen Mächte, die auf unzweideutiges Handeln hindrängen müßten und sich nicht mit leeren Versprechungen bescheiden dürften, ein Ende gemacht werde.